

Experte kritisiert Freizeit-Mandate

Drei Kadermitglieder der Stadtverwaltung können mit den Entschädigungen für Mandate in der Freizeit mehr verdienen als ein Gemeinderat. Laut einem Experten sind Mandate in der Freizeit ein Unding.

Bernhard Ott

Mitglieder des Berner Gemeinderates haben Ende des Monats womöglich weniger Geld in der Lohntüte als ein Chefbeamter. Der höchstmögliche Lohn für städtische Angestellte liege zwar unterhalb des Lohnes eines Gemeinderatsmitglieds, sagt Finanzdirektor Alexandre Schmidt (FDP) auf Anfrage. Es sei aber «denkbar», dass ein Stadtkader während eines Jahres mit seinem Nebenverdienst auf eine Gesamtschädigung komme, die über dem Lohn der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte liege. «Zurzeit sind drei Funktionen so eingereiht, dass sie bei einem Zuschlag von zehn Prozent für Mandatsentschädigungen über den Lohn eines Gemeinderatsmitglieds kommen könnten», hält Schmidt auf Anfrage fest.

Ein Gemeinderat verdient 225 000 Franken und kommt mit der Spesenpauschale auf 237 000 Franken. Laut Schmidt könnten Stadtschreiber Jürg Wichterich, Finanzinspektor Beat Bütschi und Finanzverwalter Daniel Schaffner mehr verdienen. Schmidt gibt aber zu bedenken, dass die Mandatsentschädigungen nicht an die Pensionskasse angerechnet werden können. «Sie können auch jederzeit wieder entfallen.»

Bei Mandaten «geht es um Arbeit»

Die Stadt schickt zurzeit 60 Kaderangestellte in die Leitungsgremien von Unternehmen und Institutionen - 43 von ihnen ziehen Entschädigungen von insgesamt 225 500 Franken ein. Beim Maximallohn kann das Zubrot 22 312 Franken betragen, sofern die Mandate in der

Freizeit wahrgenommen werden. In vier Fällen liegen die Nebenverdienste über diesem Betrag. Sie würden aber jeweils «rituell zurückbezahlt», hielt Schmidt fest («Bund» von gestern). Für Stadtratsmitglieder von links bis rechts ist schwer nachvollziehbar, dass die Mandate nicht als Teil der Arbeit gelten und mit dem Lohn abgegolten werden. Diese Haltung wird nun auch von einem Experten gestützt.

Der Einsatz von finanziellen Anreizen in Bewerbungsgesprächen mit Topkader sei durchaus legitim, sagt Adrian Ritz, Professor am Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern. «Beim Argumentieren mit Nebeneinkünften aus Freizeit-Mandaten wäre ich aber zurückhaltend», sagt Ritz. In vielen Gemeinwesen und auch in der Stadt Bern sei es ja nicht mehr so, dass Topkader ihre Arbeitszeit mit der Stempeluhr erfassen. Heute sei diese Trennung von Freizeit und Arbeit nicht mehr so eindeutig. «Arbeitszeit dauert nicht mehr einfach von Montag bis Freitag.» Menschen in verantwortungsvoller Stellung studierten auch am Wochenende

«Arbeitszeit dauert nicht mehr einfach von Montag bis Freitag.»

Professor Adrian Ritz, Universität Bern

Akten. Umgekehrt sei es gut möglich, dass ein Beamter auch während der «offiziellen» Arbeitszeit für allfällige Mandate arbeite.

Grundsätzlich stelle sich die Frage, wie ein Arbeitgeber einen Mitarbeiter überhaupt in dessen Freizeit mandatiere könne. «Wird jemand zur Arbeit mandatiert, geht es um Arbeit und nicht um Freizeit. Mandate sind Teil eines Arbeitsverhältnisses», sagt Ritz.

Die Zweitbesten einstellen...

Der Experte räumt indes ein, dass in der Stadt Bern mit dem vom Volk gutgeheissenen Lohndeckel ein Spannungsfeld entstehe. In Konkurrenz mit Arbeitgebern wie Bund, Kanton, Swisscom oder Postfinance gerate die Stadt dadurch ins Hintertreffen. Laut Ritz wäre es «nichts als konsequent», wenn die Stadtregierung der Bevölkerung die Folgen des Volksentscheides aufzeigte und bekannte, dass sie sich nicht mehr in jedem Fall die besten Leute leisten könne. «Man muss jetzt öfters die zweitbeste Person einstellen.» Deswegen sei beim Leistungsniveau der Topkader aber noch keine starke Nivellierung nach unten zu befürchten. «In einer Verwaltung gibt es interessante Kaderjobs. Diese sind nicht nur wegen des Geldes attraktiv», sagt Ritz.

Ob Chefbeamte mehr verdienen sollen als ihre vom Volk gewählten Vorgesetzten, sei eine politische Frage. Da Fachleute in der Privatwirtschaft rasch «in höhere Lohn-Sphären» gelangen könnten, sollten auch Experten im öffentlichen Sektor über entsprechende

Entwicklungsmöglichkeiten verfügen. «Sehr tiefe Beamtenlöhne sind international gesehen eine der Hauptursachen von Korruption.» Ritz warnt aber davor, Verwaltungskader in Einzelfällen höher zu entlohnen als Exekutivpolitiker. «Das würde grosse Folgeprobleme fürs Lohngefüge zeitigen.» Zudem werde von Exekutivpolitikern erwartet, dass sie Tag und Nacht fürs Gemeinwesen zur Verfügung stünden. «Politiker haben letztlich auch ein grösseres Risiko, zum Beispiel im Fall einer Abwahl», sagt Ritz.

... wäre für Schmidt «grundfalsch»

Finanzdirektor Schmidt hält nichts davon, wegen des Lohndeckels auch mal die zweitbesten Fachkräfte einzustellen. Die Stadt brauche nicht nur die besten Sachbearbeiter, sondern auch gute Führungskräfte. Die Stadt müsse daher immer wieder Mitarbeitende «nahe am Maximum des möglichen Lohns» rekrutieren und dabei vereinzelt die Mandatsentschädigungen ins Spiel bringen. «Es wäre grundfalsch, sich bei Schlüsselstellen mit der erstbesten Lösung zufrieden zu geben.»

«Die Stadt muss immer wieder nahe am Lohnmaximum rekrutieren.»

Alexandre Schmidt (FDP), Finanzdirektor

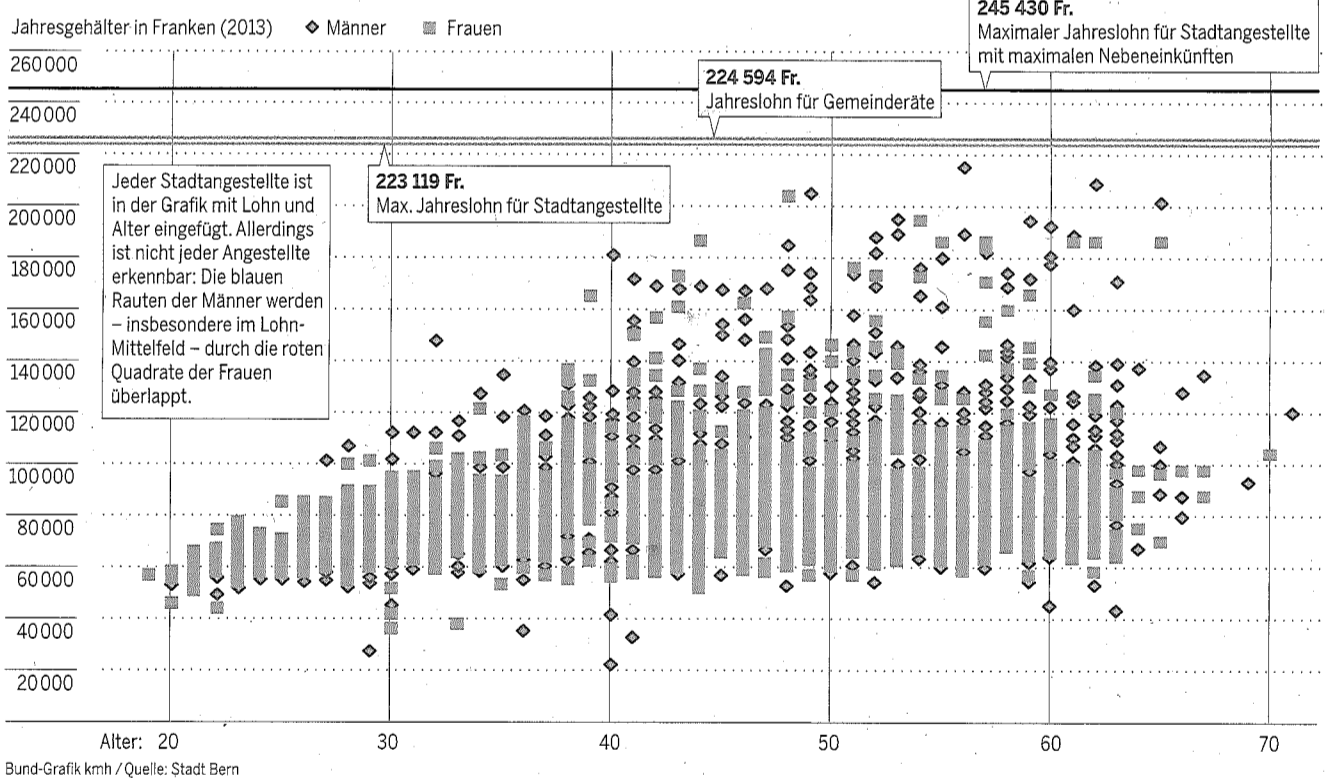
Zusatzehnkünfte: SP und SVP setzen Druck auf

Nun kommt die Diskussion über Zusatzehnkünfte der Regierungsräte endgültig auf die Traktandenliste der Kantonspolitik: Mit mehreren Vorstössen markiert dabei insbesondere die SVP eine klare Linie. Grossrat Ueli Augstburger (Grenzsee) fordert mittels Motion eine Revision der Gesetzesgrundlage. Sie soll sicherstellen, dass «allfällige Nebeneinkünfte von Regierungsräten in den Kantonshaushalt fliessen». Auch die Kadermitarbeiter will Augstburger an die Leine nehmen. Jene, welche beim Kanton Bern eine Vollzeitstelle innehaben, sollen künftig nur noch 12 000 Franken pro Jahr aus Mandatsentschädigungen und Spesenvergütungen beziehen können. Was darüber hinausgeht, sollen sie ebenfalls in die Kantonskasse einzahlen. Augstburger begründet seine Forderung damit, dass viele Nebenbeschäftigungen im Zusammenhang mit der Tätigkeit in der Verwaltung stehen. Zudem komme es zu Ungerechtigkeiten, da Kadermitarbeitende je nach Direktion in unterschiedlichem Mass Nebenbeschäftigungen wahrnehmen könnten.

Moritz Müller, ebenfalls SVP (Bowl), will mit seiner Motion «Transparenz und allenfalls Korrektur sind Pflicht» zunächst einmal Licht in die Nebenverdienst-Affäre bringen. Müller will den Regierungsrat beauftragen, in einem Bericht aufzuzeigen, wie hoch die Nebeneinkünfte von Regierungsräten und Kantonsangestellten in den letzten zehn Jahren waren und in welchen Funktionen diese Zusatzehnkünfte erzielt wurden.

Auch die Linke erhöht derweil den Druck. Die SP Bern Altstadt Kirchenfeld forderte den Regierungsrat und das Kantonsparlament gestern zu «sofortigem Handeln» auf. Die Zusatzehnkünfte von Regierungsräten hält die Altstadtsektion «obschon rechtmässig, für unhaltbar». Pikant: Von den sieben Regierungsräten hatte zuletzt Parteigenossin Barbara Egger am ausgiebigsten von Nebeneinkünften profitiert. Dem will die kämpferische SP-Sektion einen Riegel schieben: «Es darf nicht sein, dass Arbeit in solchen politischen Ämtern und bei diesen Salären doppelt bezahlt wird.» (len)

Löhne in der Berner Stadtverwaltung



Löhne bei der Stadt Bern

Nur die Top-Shots verdienen über 200 000 Franken

Einige Überflieger und ein breites Mittelfeld: Das Lohngefüge der Berner Stadtverwaltung im Überblick.

Die Debatte über üppige Nebeneinkünfte von städtischen Kadermitarbeitern dauert an. Das wirft auch die Frage nach dem Lohngefüge bei der Stadtverwaltung auf. Dem «Bund» liegt eine Auswertung vor, welche die Verdienste aller 3083 Mitarbeiter ausweist (siehe Grafik). Das Streudiagramm zeigt: Die meisten Angestellten beziehen einen Lohn zwischen 50 000 und 140 000 Franken pro Jahr. Über diesem Wert lichten sich die Reihen. Besonders dünn ist die Luft am oberen Ende der Skala: Derzeit bezieht niemand das städtische Maximalgehalt von 223 119 Franken. Der Spitzenverdie-

ner lag letztes Jahr bei einem Einkommen von rund 216 000 Franken, vier weitere Angestellte schaffen es immerhin über die 200 000-Franken-Schwelle. Unter diesen fünf Spitzenverdienern befindet sich nur eine Frau. Ihr Lohn könnte in der Stadtpolitik noch zu reden geben: Gemäss einer weiteren Auswertung, die dem «Bund» vorliegt, bringt diese Stadtangestellte eine geringe Ausbildung und nur sechs Jahre Dienst Erfahrung mit. Zudem wird ihre berufliche Stellung in der Analyse auf der niedrigsten Stufe eingereiht.

Nimmt man eine enge Definition von Entlohnung zur Hilfe, bleibt die Lohnhierarchie gegenüber der Stadtregierung im Lot: Gemeinderäte verdienen 224 594 Franken jährlich. Hinzu kommen Spesenpauschalen von 12 000 Franken (Gemeinderäte) bis 16 000 Franken (Stadtpräsident).

Fasst man die Definition von Entlohnung breiter, werden also Nebeneinkünfte ebenfalls einkalkuliert, verändert sich das Bild. Da die Stadt Bern ihren Mitarbeitern erlaubt, Nebeneinkünfte von bis zu 10 Prozent ihres Lohnes zu behalten, können die Spitzenverdiener die Gemeinderäte deutlich überflügeln.

Das oben dargestellte Streudiagramm wurde im Rahmen einer Analyse zur Lohngleichheit zwischen Frau und Mann erstellt. Die Löhne von Mitarbeitern mit Teilzeit-Pensen wurden auf Vollzeitstellen hochgerechnet. Dies erklärt auch die vereinzelt Punkte über dem Rentenalter (63 Jahre). Hierbei soll es sich unter anderem um Mikropensen von ehemaligen Mitarbeitern im Ruhestand handeln. Die Negativ-Ausreisser unter 45 000 Franken sind etwa durch IV-Renten erklärbar, welche Stadtangestellte neben ihrer Tätigkeit beziehen. (len)